

Dr. Wolfgang Schürger, München

Brücke oder Krücke?

Ein schneller Ausstieg aus der Kernenergie ist wichtig – und machbar

Fukushima scheint 25 Jahre nach Tschernobyl die Welt verändert zu haben: Nahezu die gesamte Republik ist der Meinung, dass der Ausstieg aus der Kernenergie so schnell wie nur irgend möglich erfolgen muss. Dass also die Krücke möglichst schnell der therapeutischen Aktivierung weichen bzw. die

Brücke möglichst an der engsten Stelle des Flusses gebaut werden muss.

Die Diskussionen der vergangenen Wochen zeigen aber auch, dass die Vorstellungen, wie es am anderen Ufer aussieht und wie wir dort hin gelangen, noch relativ vage sind. Es ist unter anderem Aufgabe der Kirchen und

Brücke oder Krücke?

natürlich auch des Beauftragten für Umwelt- und Klimaverantwortung, die Diskussion ethisch reflektiert zu begleiten und darauf zu achten, dass diese aufrichtig und ehrlich geführt wird.

Ethik hat immer mit Abwägungs- und Entscheidungsprozessen zu tun. Der Ethiker fragt: Um welchen Sachverhalt geht es eigentlich? Welche Handlungsalternativen gibt es? Welche Werte und Normen sind betroffen oder stehen auf dem Spiel? Ich will versuchen, mit diesem Handwerkszeug an die gegenwärtige Diskussion heran zu gehen. Wenn ich das tue, dann bleibe ich nicht auf der Brücke stehen, sondern lenke meinen Blick auf das andere Ufer, also auf die Wege und Herausforderungen, die vor uns liegen.

Alle Gebilde der Schöpfung sind Kinder des einen Vaters und daher Brüder.

Franz von Assisi

In den letzten Wochen ist deutlich geworden: Das Wort »sofort« hat im Zusammenhang mit »Atomausstieg« eine ganz eigene, ja eigenwillige Bedeutung: Die Geister, die wir riefen, werden wir nicht von heute auf morgen wieder los. Dass die internationale Staatengemeinschaft erst in der Karwoche 575 Millionen Euro locker gemacht hat, um die Ruine in Tschernobyl sicherer zu machen, ist ein deutliches Zeichen, dass wir mit den Folgen des Abenteuers Atomenergie noch lange zu leben haben werden.

Zerstörerische Gewalt

Die Kernspaltung zu beherrschen, die Urkräfte, die zur Entstehung unseres Universums geführt haben, für unser Leben nutzbar zu machen, war einer der großen Träume des 20. Jahrhunderts. Forschergeist und Forscherleistung – sie gehören zweifelsohne zum Wesen des Menschseins. Der Auftrag Gottes, die Erde zu bebauen und zu bewahren, öffnet ja geradezu den Raum für das Kulturschaffen und Forschen der Menschen. Menschliches Leben auf unserer Erde wäre arm dran, wenn wir nicht Tag für Tag von Forschungserfolgen wie dem Rad oder dem Penicillin profitieren würden.

Spätestens seit Goethes Dr. Faustus wissen wir, dass die Erträge der Forschung zum Guten wie zum Bösen dienen können. Spätestens seit Hiroshima und Nagasaki hat die Menschheit erlebt, welche zerstörerische Gewalt die Kernfusion entfachen kann. Irritiert haben viele von uns in den letzten Wochen feststellen müssen, dass dies nicht einmal die Nation, die unter dieser Gewalt unmittelbar zu leiden hatte, daran gehindert hat, ihre Energieversorgung fast ausschließlich auf die zivile Nutzung dieser Urgewalten aufzubauen.

Mit der Nutzung fossiler und atomarer Ressourcen schienen der Zukunft des menschlichen Lebens nicht nur auf unserer Erde, sondern in unserem Universum

keine Grenzen mehr gesetzt. Wer erinnert sich nicht an Raumschiff Enterprise und all die anderen Serien der 70er und 80er Jahre, in denen die menschliche Zivilisation in die unendlichen Weiten des Weltraums vordringt? Möglich wird dies nur durch fossile und atomare Energie, die Raumschiffe antreibt und Menschen Raum und Zeit überwinden lässt.

Ich entsinne mich noch gut an eine Szene in einem dieser Science-Fiction-Filme, in der das Raumschiff auf ein großes Stück Weltraumschrott zufliegt. Der Erste Offizier warnt seinen Kapitän: »Vorsicht, in diesen Dingen haben die damals ihren Atommüll in das Weltall geschossen, weil sie noch nicht wussten, wie sie damit umgehen sollen – der verstrahlt uns immer noch, wenn wir zu nahe dran vorbei fliegen.«

Restrisiken sind nicht beherrschbar

Seit Fukushima hat die große Mehrheit der Bevölkerung gemerkt, dass die Restrisiken dieser Hochrisikotechnologie auch in so einem hoch technisierten Land wie Japan praktisch nicht beherrschbar sind. Wir hätten es wissen können – spätestens seit Harrisburg, aller spätestens seit Tschernobyl, aber immer wieder hat die Risikofolgenabschätzung dazu geführt, dass wir uns darauf verlassen haben, die Technik im Griff behalten zu können.

Die EKD-Synode hat bereits im Jahr 1987, ein Jahr nach der Katastrophe von Tschernobyl, unmissverständlich festgestellt: »Die nicht mit Sicherheit beherrschbaren Gefahren der gegenwärtigen Kernenergiegewinnung haben zu der verbreiteten Einsicht geführt, dass diese Art der Energiegewinnung mit dem biblischen Auftrag, die Erde zu bebauen und zu bewahren, nicht zu vereinbaren ist. Wir müssen so bald wie möglich auf andere Energieträger umsteigen.« Anlässlich des 20. Jahrestages von Tschernobyl, also vor fünf Jahren, hat die Synode diese Position ausdrücklich bekräftigt und den Ausstieg auf europäischer Ebene gefordert.

Auch in den Kirchenleitungen gab es aber bis zu Fukushima Menschen, für die die Kernenergie eine sichere, zuverlässige und in den Zeiten der Erderwärmung zunehmend auch klimafreundliche Form der Energiegewinnung war. Für diese Menschen war Fukushima so etwas wie ein Bekehrungserlebnis – die Videobotschaft, die Landesbischof Johannes Friedrich wenige Tage nach der Katastrophe auf den Internetseiten der ELKB »bayern-evangelisch.de« verkündet hat, zeigt dies: »Ich war bisher kein ausgesprochener Atomkraftgegner. Ich habe Risiken gesehen, aber auch die Probleme, die sich ergeben, wenn wir keine Atomenergie nutzen. So habe ich die Risiken zu gering eingeschätzt. Risiken dieser Art sind nicht akzeptabel.«

Was wir heute erleben, sind also keine neuen Risiken der Atomkraft. Die seit Jahrzehnten bekannten Risiken werden in einer neuen Weise eingeschätzt, so wie der Landesbischof dies in seinem Statement zum Ausdruck bringt: Was bisher als beherrschbar galt, erscheint nun als nicht akzeptabel.

Grenzen der Technik

Seit dem Bericht des Club of Rome aus dem Jahr 1972 sprechen wir gerne von den »Grenzen des Wachstums«. Vielleicht ist es an der Zeit, auch deutlicher über die »Grenzen der Technik« zu sprechen. Fukushima ist nur eines von vielen Zeichen in der jüngsten Zeit, dass der Wahn der technischen Machbarkeit eben genau dies ist: ein Wahn, ein Zeichen menschlicher Hybris, die schon bei dem großtechnischen Projekt der Bibel, dem Turmbau von Babel, nicht von Erfolg gekrönt war. Seit Fukushima sind wir wieder neu damit konfrontiert, dass wir endlichen Menschen keine unendliche Verantwortung für die Folgen unseres Handelns übernehmen können. Menschliches Handeln ist immer mit Chancen und Risiken verbunden, denn wir sind von Gott in Freiheit geschaffen und zur Verantwortung berufen. Freiheit und Verantwortung gibt es aber nur, wenn es auch Fehler und Fehlbarkeit gibt. Wir müssen immer wieder kritisch fragen, ob wir dieser Verantwortung angesichts der Risiken einer bestimmten Technologie oder eines bestimmten Handelns gerecht werden. Der Verantwortung vor Gott, vor unseren Mitgeschöpfen, vor unseren Mitmenschen und vor den kommenden Generationen. Mit Blick auf die Atomenergie und ihre Risiken stehen wir dabei an einem historischen Moment, vor einem großen gesellschaftlichen Konsens: Die Verantwortung für diese Risiken können wir nicht länger tragen. Nicht für die Risiken eines Unfalls, aber auch nicht für die Risiken des normalen Betriebs und den über Jahrtausende strahlenden Abfall, der dabei entsteht.

Soll ein schneller Ausstieg nur die Gewissen beruhigen?

Doch wohin führt der Weg über die Brücke und welche Risiken sind damit verbunden?

Die einen glauben, dass die Brücke bei einem schnellen Ausstieg so kurz wird, dass vor das andere Ufer noch eine Rampe gebaut werden muss. Diese Rampe heißt »Stromimport«. Wer von diesem Szenario spricht, verweist gerne darauf, dass diese Stromimporte dann vor allem aus Frankreich und Tschechien kommen, die überwiegend Atomstrom produzieren. Der schnelle Ausstieg sei also nur etwas für das gute Gewissen, aber kein wirklicher Ausstieg aus der Atomkraft.

Was ist hierzu zu sagen? Zunächst einmal, dass auch Horst Seehofer vor einem halben Jahr noch die Auffassung vertrat, dass in Bayern die Lichter ausgehen, wenn die bayerischen Atomkraftwerke abgeschaltet werden. Inzwischen will er sich mit dem grün-roten Baden-Württemberg einen Wettlauf darum liefern, wer die AKWs schneller abschaltet. Sicher in der Hoffnung, dass Bayern dadurch schwarz bleibt – was politisch gemeint ist.

Wenn wir uns den Kraftwerkspark in Deutschland anschauen, dann stellen wir fest, dass die Maximalleistung aller betriebsbereiten Kraftwerke rund 120 GW beträgt. Der Strombedarf zu Spitzenlastzeiten liegt aber in Deutschland nie über 90 GW (alle Zahlen: www.bmwi.de/BMWi/Navigation/energie.html). Das heißt, dass wir rein rechnerisch eine Überkapazität von 30 GW haben, so dass es nicht Wunder nimmt, dass Deutschland in den letzten Jahren stets Netto-Strom-Exporteur war. Die Kapazität aller 17 deutschen Kernkraftwerke liegt bei 21,5 GW. Auch wieder rein rechnerisch gedacht, könnten wir also alle 17 Kraftwerke sofort vom Netz nehmen, ohne in einen Versorgungsengpass zu geraten.

de/BMWi/Navigation/energie.html). Das heißt, dass wir rein rechnerisch eine Überkapazität von 30 GW haben, so dass es nicht Wunder nimmt, dass Deutschland in den letzten Jahren stets Netto-Strom-Exporteur war. Die Kapazität aller 17 deutschen Kernkraftwerke liegt bei 21,5 GW. Auch wieder rein rechnerisch gedacht, könnten wir also alle 17 Kraftwerke sofort vom Netz nehmen, ohne in einen Versorgungsengpass zu geraten.

Neue Speichermöglichkeiten notwendig

Wer aber die Medien aufmerksam verfolgt hat, der oder die hat gemerkt, dass Deutschland in den Tagen nach dem Moratorium tatsächlich mehr Strom importiert als exportiert hat. Hier kommen drei Faktoren ins Spiel, die wir uns genauer ansehen müssen, wenn wir der Frage weiter nachgehen wollen, wie es am anderen Ufer der Brücke aussieht – oder wie wir dieses Ufer gestalten wollen:

1. Es gibt unterschiedliche Arten von Kraftwerken: solche, die relativ träge zu regulieren sind und möglichst konstant Energie erzeugen müssen (z. B. AKWs und Kohlekraftwerke), solche, die konstant zur Verfügung stehen, aber schnell zu regulieren sind (z. B. Gasturbinenkraftwerke), und solche, deren maximale Leistung von äußeren Faktoren abhängig sind, die sich nicht oder nur begrenzt beeinflussen lassen. Zu diesem letzten Bereich gehören insbesondere die Windkraft- und Photovoltaikanlagen.

Rein rechnerisch entspricht heute schon die Leistung aller betriebsbereiten Windkraftanlagen der Leistung der Atomkraftwerke – aber ein AKW lässt sich nicht ohne weiteres durch eine Windkraftanlage ersetzen, weil ein AKW träge, aber kontinuierlich, eine Windkraftanlage dagegen stark schwankend Strom liefert. Das ist auch der Grund, warum in Grundlastzeiten der deutsche Energiemix fast zur Hälfte aus AKWs zur Verfügung gestellt wird. Wenn wir Versorgungssicherheit aus regenerativen Energiequellen haben wollen, dann werden wir also über neue Speichermöglichkeiten sprechen müssen.

2. Die Sache mit den Netzen: Die bundesdeutschen Verteilnetze sind gegenwärtig so aufgebaut, dass sie von einigen starken Knoten aus den Strom in die Regionen verteilen. Soll der Strom für München anstatt aus Gundremmingen von dem Offshore-Windpark in der Ostsee kommen, so kann es tatsächlich sein, dass die bestehenden Netze diese Transportkapazität nicht haben – und daher Strom aus Österreich oder Tschechien importiert werden muss. Wir müssen also auch über den Ausbau der Netze sprechen.

3. Die Liberalisierung des Strommarktes: Niemand ist heute mehr an seinen regionalen Versorger gebunden. Die Versorger selber sind frei, ihren Strom an der Leipziger Strombörse von dem Anbieter zu beziehen, der ihnen den besten Preis dafür bietet. Eine Verpflichtung, regenerativ erzeugten oder atomfrei-

Brücke oder Krücke?

en Strom zu beziehen, besteht für den Versorger nur, wenn er das den Kundinnen und Kunden in ihren Verträgen entsprechend zugesichert hat. Dann muss er dafür Sorge tragen, dass der entsprechende Anteil auch in sein Versorgungsnetz eingespeist wird.

Jeder Anbieter mit konventionellen Verträgen ist also völlig frei, auch dann Atomstrom aus Frankreich oder Tschechien zu kaufen und einzuspeisen, wenn aus deutschen Kraftwerken genug atomfreier Strom zur Verfügung stünde. Dies ändert sich nur, wenn seine Kundinnen und Kunden dezidiert regenerativ oder atomfrei erzeugten Strom verlangen. Wir müssen also auch über unser Konsumentenverhalten sprechen.

Energiewende ist möglich

Das zweite Szenario heißt: Am anderen Ufer lauern die Renaissance der fossilen Brennstoffe und die Beschleunigung des Klimawandels.

Diese Gefahr müssen wir tatsächlich im Blick haben, wenn wir über den schnellen Ausstieg aus der Atomkraft sprechen: viele der Energieszenarien für die nächsten Jahre gehen davon aus, dass einige Gasturbinenkraftwerke zusätzlich gebaut werden müssen, um die Spitzenlastzeiten abzusichern und die Schwankungen bei den Regenerativen auszugleichen. Dadurch wird natürlich der CO₂-Ausstoß durch Kraftwerke erst einmal erhöht.

Wir wissen aber alle, dass Klima- und CO₂-Bilanzen durch mehr Komponenten bestimmt werden als nur die Stromerzeugung. Das größte Potential für Energieeinsparungen steckt in unseren Breiten immer noch in der Gebäudesanierung. Wie sich die CO₂-Bilanz Deutschlands entwickeln wird und ob wir es schaffen werden, die Klimaziele zu erreichen, wird sich in erster Linie in diesem Bereich entscheiden. Dass die Bundesregierung die Mittel zur energetischen Gebäudesanierung bereits wieder erhöht hat, ist ein gutes Zeichen.

Das dritte Szenario schließlich heißt: Am anderen Ufer beginnt das postfossile, das solare Zeitalter. Dass dies keineswegs eine unrealistische Vorstellung ist, zeigen verschiedene Studien der letzten Monate: Sowohl der Sachverständigenrat Umwelt der Bundesregierung als auch das Umweltbundesamt sind im letzten Jahr in Studien zu dem Ergebnis gekommen, dass die Energiewende möglich ist, ohne die Laufzeiten der AKWs über den rot-grünen Atomkompromiss hinaus zu verlängern.

Das Umweltbundesamt geht weiter davon aus, dass eine komplette Versorgung durch regenerative Energieträger bis zum Jahr 2050 problemlos möglich ist. Viele befürchten, dass dies dann auf Kosten der Länder des Südens geschehen wird, da dies nur mit der massiven Nutzung von Energiepflanzen gelingen könne. Dem widerspricht nun eine Studie von Ecofys im Auftrag des WWF: Ecofys kommt zu dem Schluss, dass bis 2050 sogar weltweit eine 95-prozentige Versorgung durch regenerative Energieträger möglich ist – und zwar ohne einen weiteren Ausbau der Nutzung von Energiepflanzen.

Wichtig: Einsparpotentiale ausschöpfen

Neben der konsequenten Förderung des Ausbaus der regenerativen Kraftwerke (insbesondere Solarthermie und Windkraft) ist Dreh- und Angelpunkt dieses dritten Szenariums allerdings die Frage nach Energieeffizienz und Energiesuffizienz. Die genannten Studien gehen davon aus, dass zum Beispiel über Gebäudedämmung und die Optimierung von Produktionsprozessen ein erhebliches Einsparpotential realisiert wird, so dass der Weltenergiebedarf trotz der Entwicklung in den Schwellenländern nicht in dem Maße steigt, wie wir das in den letzten Jahren immer wieder befürchten mussten. Dieses dritte Szenario hat also nur Aussicht auf Erfolg, wenn die richtigen politischen Rahmenbedingungen geschaffen und die richtigen Investitionsanreize sowohl für Unternehmen als auch für Privathaushalte gesetzt werden.

Welche Herausforderungen ergeben sich nun aus diesen unterschiedlichen Szenarien und wie können wir ethisch verantwortlich mit ihnen umgehen? Ich erinnere noch einmal daran, wie ich am Anfang ethische Verantwortung definiert habe: als Verantwortung vor Gott, vor den Mitgeschöpfen, vor den Mitmenschen und vor den kommenden Generationen.

Die Verantwortung vor den kommenden Generationen gebietet es, diesen Generationen eine Erde zu hinterlassen, auf der auch für sie ein lebenswertes Leben möglich ist. Ich habe eingangs schon die Frage gestellt, ob wir die Verantwortung für Jahrtausende strahlenden Atommüll wirklich übernehmen können. Tatsache ist, dass wir hier bereits Verantwortung haben – die Abklingbecken in Fukushima und das Desaster in der Asse führen uns dies deutlich vor Augen. Selbst wenn alle AKWs abgeschaltet sind, wird dort noch jede Menge Atommüll herumliegen, der endgültig und für Jahrtausende sicher entsorgt werden muss.

Verantwortung für kommende Generationen

Es ist unser aller Verantwortung – ja, auch derer, die schon immer gegen Atomkraft waren –, Wege zur Entsorgung zu finden, die die Lebensräume zukünftiger Generationen nicht gefährden.

Verantwortung vor den nächsten Generationen bedeutet aber auch, dass wir an dem Ziel, den Klimawandel zu begrenzen, auf jeden Fall festhalten müssen. Eine Erhöhung des CO₂-Ausstoßes bei der Stromproduktion kann also auf jeden Fall nur vorübergehend sein und muss am besten durch Einsparungen in anderen Bereichen – wie zum Beispiel der Heizung – kompensiert werden. Hier sind Bund und Länder herausgefordert, die richtigen politischen Rahmenbedingungen zu schaffen und zum Beispiel energetische Sanierungen verstärkt zu fördern. Hier sind wir aber auch als einzelne herausgefordert, unseren eigenen Umgang mit Energie zu überdenken: Wenn alle Stand-By-Schaltungen in Büros und Haushalten konsequent vermieden würden, dann könnten wir sofort auf die Kapazität von zwei AKWs verzichten ...

Verantwortung vor den Mitmenschen hat im Falle der Energiewende viel mit Gerechtigkeit zu tun – und zwar in mehreren Dimensionen: Zum einen geht es um weltweite Gerechtigkeit. Bis heute haben wir Industrienationen unseren Hunger nach Energie auf Kosten der Länder des Südens gestillt. Seit einigen Jahren sehen wir, dass Indien, China oder Brasilien dabei sind, unser Zivilisationsmodell immer besser zu kopieren und damit immer mehr Energiehunger zu bekommen.

Soziale Gerechtigkeit

Es wäre eine neue Form von Imperialismus, den Menschen im Süden dieses Recht auf Fortschritt und Lebensqualität absperechen zu wollen. Vielmehr müssen wir in der weltweiten Gemeinschaft alles daran setzen, um gemeinsam zu Zivilisationsmodellen zu kommen, die ihre Lebensqualität nicht auf Kosten der Mitwelt und der folgenden Generationen sichern. Für viele Länder des Südens heißt dies, den direkten Sprung in das postfossile Zeitalter zu wagen. In Afrika gibt es bereits gute Beispiele, dass dies gelingen kann – manche Dörfer versorgen sich hier komplett aus solarem Strom.

Gerechtigkeit bedeutet aber auch soziale Gerechtigkeit bei uns: Zwischen 15 und 200 Euro pro Jahr könnte der Einstieg in das solare Zeitalter einen Privathaushalt kosten – diese Werte sind als mögliche Erhöhung der Stromrechnung in der Diskussion. Einem Haushalt, der an der Grenze zum Existenzminimum lebt, kann dies durchaus weh tun. Politik und Wirtschaft sind hier gefragt – und wenn Herr Großmann plötzlich sein Herz für Hartz IV-Empfänger entdeckt und gleichzeitig gute Dividenden ausschüttet, dann gibt es hier sicher Alternativen.

Soziale Gerechtigkeit bedeutet aber auch, dass wir »Nimby-Kriege« vermeiden müssen. Nimby steht für »not in my backyard« und bezeichnet das inzwischen auch bei uns verbreitete Phänomen, dass Menschen gegen jedes größere Bauprojekt in ihrer unmittelbaren Umgebung sind: Wir werden ein Endlager brauchen, wir werden neue Netztrassen brauchen und wir werden weitere Windparks brauchen. Anlieger werden sich dadurch in ihrer Lebensqualität beeinträchtigt fühlen und dagegen protestieren. Es wird wichtig sein, Beteiligungsprozesse zu institutionalisieren, durch die betroffene Bürgerinnen und Bürger in die Entscheidungen eingebunden sind. Wie dies gelingt, kann man im Landkreis Rhön-Grabfeld an der Raiffeisen-Energie-Genossenschaft studieren. Menschen der Region werden hier zu Anteilseignern von regenerativen Anlagen – die dann nicht mehr »das Ding auf dem Hügel«, sondern »unser Windrad« sind.

Große Herausforderung

Ich glaube, dass hier auf uns als Kirchen eine ganz neue Aufgabe zukommt: Gerade die Kirchengemeinden könnten zu Orten werden, in denen das ehrliche und aufrichtige Gespräch zwischen unterschiedlichen Positionen gelingt – weil alle sich bemühen, in Verantwortung vor Gott und den Nächsten eine tragfähige Entscheidung zu finden.

Verantwortung vor den Mitgeschöpfen schließlich bedeutet, dass wir bei dem Einstieg in die erneuerbaren Energien immer mit Bedenken müssen, was dies für den Lebensraum unserer Mitgeschöpfe bedeutet. Eine Kollegin hat mich neulich erst darauf hingewiesen, welche Beeinträchtigung Freiflächen-Photovoltaikanlagen für die Tiere in der Region darstellen können: In aller Regel sind diese Flächen eingezäunt und bilden damit eine Wanderungsbarriere insbesondere für Kleintiere. Und wo eine Biogas-Anlage so dimensioniert ist, dass der ganze Landkreis nur noch Mais anbaut, da ist das bestimmt nicht förderlich für die Artenvielfalt.

Die Ecofys-Studie geht dezidiert davon aus, dass auch für eine weltweite Versorgung mit Erneuerbaren ein Ausbau der Energiepflanzen nicht nötig ist. Aber auch bei der Suche nach geeigneten Standorten für Windparks oder für weitere Wasserkraftwerke wird die Frage bedacht werden müssen, was dieser oder jener Standort für unsere Mitgeschöpfe bedeutet. Der geplante Staudamm am Fluss Xingu in der Amazonasregion gefährdet zum Beispiel die Lebensräume von unzähligen seltenen Arten und von indigenen Völkern, die bis jetzt nur sehr wenig Kontakt mit der so genannten »Zivilisation« hatten.

Verantwortung vor Gott schließlich bedeutet für mich, uns diesen Herausforderungen, die ich beschrieben habe, wirklich mit Ernsthaftigkeit und Ehrlichkeit zu stellen. Die Herausforderungen sind groß, und wir werden uns verändern müssen – aber hat Gott nicht gerade an Ostern gezeigt, dass bei ihm nichts unmöglich ist und er Wege des neuen, ewigen Lebens für uns hat? Vertrauen wir auf Gott und seinen Geist, der uns geleiten möge, denn wo Gott mit seinem Lebensodem dabei ist, da macht er neu die Gestalt der Erde, wie es im 104. Psalm heißt.

Kirchenrat Dr. Wolfgang Schürger ist Landeskirchlicher Beauftragter für Umwelt- und Klimaverantwortung der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern.